

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich
Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die
Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige
Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Adersstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 63.

Dienstag den 1. Juni 1920.

20. Jahrgang.

Des Fronleichnamfestes wegen erscheint die
nächste Nummer Samstag den 5. Juni 1920.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

Bei nächtlichen Straßenkämpfen in Deuthen (O.-S.)
wurden drei Personen getötet und erhebliche Sachwerte
vernichtet.

Deutschland soll nach dem eben abgeschlossenen Frie-
densvertrag an Letztend eine Entschädigung von etwa einer
Milliarde zahlen.

Frankreich fordert von Deutschland eine Entschädi-
gungssumme von 70 Milliarden Goldmark. Die französische
Kammer hat Millerand ihr Vertrauen ausgesprochen.

Die neue Fernsprechanlage soll in vierteljährlichen
Raten, erstmalig am 1. Oktober 1920, bezahlt werden.

Die Rote Armee schiebt ihre Front zwischen Bina
und Minsk ständig vor. Minsk liegt bereits unter schwerem
Artilleriefeuer der Sowjetarmee.

Die Ausschreitungen in Deuthen.

Ueber die Straßenkämpfe in Deuthen (O.-S.) wer-
den noch folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Die Unruhen in Deuthen entstanden dadurch, daß
auf der Deuthener Schützenwiese, wo sich gegenwärtig
ver Pfingsttrummel abspielt, zwischen Besuchern des
Kummels und französischen Wachtoldaten wegen eines
Mädchens ein Streit entstand. Ein Zivilist wurde durch
Kolbenschläge schwer verletzt. Der Tumult pflanzte
sich durch die Stadt fort, was einige erregte Gendarmen
benutzten, um vor das Hotel Sonntag, der Burg der
Polen, zu marschieren und dort alles zu demolieren.
Als die Menge in den Hof einbrang, wurde sie mit
Gewehr- und Handgranateneuer empfangen. Drei
Tote und sechs Verletzte blieben dabei als Opfer.
Die Menge nahm darauf eine regelrechte Belagerung
des Hotels an. Einige drangen in das untere Stock-
werk ein und zerstörten dort die Kasinoräume.
Außerdem wurde das Gebäude zweimal in Brand ge-
steckt. Die Feuerwehr wurde zum Teil verhindert,
den Brand zu löschen. Erst nachdem französische Wache
eingriff, gelang es des Feuers Herr zu werden.

Ein zweiter Trupp zog zu der polnischen „Grenz-
zeitung“, dem Organ Korfanths, wo arge Zerstörungen
angerichtet wurden. Gegen 1 Uhr nachts war die
Ruhe einigermaßen wiederhergestellt, als plötzlich
einige Polen aus dem Hotel Sonntag heraus vor das
gegenüberliegende Haus der „Ostdeutschen Morgen-
post“ zogen und dort sämtliche Fensterbänke zer-
trümmerten. Aus den Büroräumen wurde gestoh-
len, doch blieben die Maschinen unversehrt. Verhän-
dungen des Entente-Militärs besetzten das Sonntagshotel
und auch die „Ostdeutsche Morgenpost“ und verhin-
derten so weitere Zerstörungen.

Es hat den Anschein, als ob die Ereignisse noch
nicht abgeschlossen sind und neue Unruhen bevorste-
hen, da in den Straßen Deuthens allerhand verda-
chtige auswärtige polnische Elemente beobachtet wer-
den. Bedeutende Verstärkungen des Entente-Militärs
sind nach dem Industriebezirk abgegangen.

Ein neuer Friedensappell der Sowjetregierung.

Der russische Minister des Auswärtigen, Tschitsche-
rin, wendet sich mit einer neuen Botschaft an die
Welt und drückt den Wunsch Sowjetrusslands aus, mit
allen Nationen im Frieden zu leben. Die Räteregie-
rung sei bereit, auch mit jeder bürgerlichen Regie-
rung Verhandlungen einzuleiten und auf jede Agita-
tion im Innern eines jeden Landes zu verzichten. Sie
wäre auch stets bereit, Auskünfte über die innere
Lage Russlands zu geben.

Brief aus der Reichshauptstadt.

— Berlin, 29. Mai.

Vor etwa vierzehn Tagen sind mehrere Tau-
send Angestellte des Großberliner Friseurgewerbes we-
gen Lohn Differenzen in den Streik getreten. In den
Großbetrieben ist die Arbeit völlig eingestellt, in
den mittleren und kleinen Geschäften nur zum Teil.
In den über 4000 Geschäften sind etwa 4000 Gehil-
fen und Gehilfinnen beschäftigt. Nicht ganz der vierte
Teil dieser Betriebe sind sogenannte Meistergeschäfte,
in denen der Meister selbst mit Hilfe seiner Lehrlin-
ge die Kundenschaft bedient. Während dem Streik
ursprünglich Lohn Differenzen zugrunde lagen, hat sich
die Lage durch den ausgebrochenen Streik wesentlich
verschärft. Neben einer erheblichen Lohnforderung for-
dern die Angestellten jetzt die vollständige Ar-
beitsruhe am Sonntag. Bis jetzt ist noch keine
Einigung mit den Arbeitgebern zustande gekommen.

Um sich die Gunst des Publikums nicht zu ver-
hergen, sind die streikenden Friseurgehilfen auf einen
ganz vernünftigen Gedanken gekommen, sie wollen
ihren Lohnkampf führen, ohne daß das Publikum Scha-
den erleidet. In allen Stadtteilen haben die Streiken-

der Friseurbetriebe eingerichtet, in denen das
Publikum unentgeltlich bedient wird. „Hier arbei-
ten streikende Friseurgehilfen“, so ist auf den Aus-
hängeschildern zu lesen. Eine ganze Reihe von aus-
ständigen Gehilfen hat sich zur Verfügung gestellt.
Die Bedienung erfolgt völlig kostenlos. Kein Wun-
der, daß diese Gratisfriseurbetriebe vom Publikum fleißig
besucht werden. Jeder, der kommt, kann sich gra-
tis rasieren, frisieren, maniküren und Haare schnei-
den lassen. Den Damen wird der Kopf nicht nur
gewaschen, sondern in kunstvoller Weise frisiert und
gebügelt. Besonders in einer Damenfriseur-Schule der
Friedrichstadt, in der die erste Gratisfriseurstube
eingerichtet wurde, wird das Publikum hervorragend
bedient. Es befindet sich dort je ein Damen- und
Herrensalon, die mit allen Hilfsmitteln des moder-
nen Friseurgewerbes, wie Heißluftbüchsen, Desinfek-
tionsapparaten und allen möglichen Verschönerungs-
mitteln der Haar-, Bart- und Nagel-lege ausgestat-
tet sind.

Ähnliche „fliegende“ Friseurbetriebe sind in allen
Stadtteilen eingerichtet. Viele Meister haben ihre Lo-
kale hierzu zur Verfügung gestellt. In den Fabriken
sind ebenfalls Gratisfriseurbetriebe vorhanden. Ueber-
all ist die Bedienung völlig kostenlos. In Läden,
die ausgelegt sind, kann jeder Kunde, wenn er will,
Geld für die Streikkasse stiften. Nach den Angaben
der Streikleitung sind bereits sehr hohe Summen ge-
zeichnet worden, mit denen die Streikenden unter-
stützt werden. Doch ist das immer nur ein Notbehelf,
auf die Dauer reichen diese Gelder zur Befriedigung
des Lebensunterhaltes nicht aus. Es sind bereits Ver-
handlungen im Gange, um eine Beilegung des Streiks
herbeizuführen. Bis dahin sollen die Gratisfriseur-
betriebe weiter bestehen bleiben.

Vor einigen Tagen wurde aus Frankfurt be-
richtet, daß die Angestellten durch Proklamierung
eines Erntebahnbrennensstreikes die Fahr-
preiserhöhung der Erntebahn rückgängig machen
wollen. In Berlin hat es einer solchen Aufforderung
gar nicht bedurft. Sogleich, als der Berliner Straßen-
bahntarif auf 70 Pfg. erhöht wurde, war eine starke
Abwanderung der Fahrgäste zu bemerken, die sich
teilweise in einem Zugang zur Stadt- und Vorort-
bahn zeigt. Hierzu fordert das Verhältnis zwi-
schen dem niedrigsten Preis der Staatsbahn von jetzt
noch 20 Pfennig und dem Einheitspreis der Straßen-
bahn von 70 Pfennig (d. h. 350 Prozent mehr) ge-
rade heraus. Infolgedessen ist besonders der Eifen-
bahnverkehr nach den Vorstädten und nach den Vor-
orten in auffälliger Weise gewachsen.

Die Abwanderung des Publikums zur Stadtbahn
und Vorortbahn trat besonders an den Pfingstfeier-
tagen in Erscheinung. An den Bahnhöfen herrschte
ein geradezu unheimlicher Andrang, während die Stra-
ßenbahnwagen leer und leer waren. Der ganze Ver-
kehr ging der Stadtbahn verloren. Das hat dem
Aufsichtsrat und den städtischen Behörden — die Stra-
ßenbahn ist seit einigen Monaten verstaatlicht — doch
zu denken gegeben. Man sucht jetzt bereits nach aller-
hand Mitteln und Wegen, um der Abwanderung des
Publikums zu steuern. Das kann natürlich nur durch
eine Herabsetzung des Fahrpreises geschehen.
Die städtischen Behörden haben der Direktion der Gro-
ßen Berliner Straßenbahn den Vorschlag gemacht, Mo-
natskarten für 20 Mark an jedermann auszugeben,
die nur für den einen Monat und für zwei Fahrten
an einem Tage Geltung haben sollen. Dann käme
die einmalige Fahrt also auf etwas über 30 Pfennig.
Ob sich die Direktion aber damit einverstanden er-
klären wird, ist noch sehr fraglich. Inzwischen vermin-
derten sich die Fahrgäste der Straßenbahn immer mehr.
Auf der anderen Seite kam der außerordentliche An-
drang auf der Stadtbahn nur durch eine wesentliche
Steigerung des Zugverkehrs bewältigt werden. In
den Hauptverkehrsstunden werden jetzt nicht weniger
als 24 Züge in der Stunde verkehren. Damit ist die
Leistungsgrenze der Stadtbahn erreicht. Auch vor dem
Kriege war eine Zugfolge von 2½ Minuten die äußerste
Grenze. Da sich der Stand der Zahl betriebsfähiger
Lokomotiven gebessert hat, so ist die Durchführung
dieser Maßregel gesichert; leider aber mangelt es an
Wagen, doch soll, diesem Mangel dadurch abgeholfen
werden, daß Personenzüge des Fernverkehrs in die
Stadtbahnzüge eingestellt werden. Die Preistreikerei
der Straßenbahn hat damit also indirekt eine bedeuten-
de Verbesserung des Berliner Verkehrs herbeige-
führt. Und die Straßenbahn hat das Nachsehen...

Vertrauensvotum für Millerand.

Die Kammerdebatte über die Konferenz von Spa.

Die französische Kammer hat die Diskussion über
die Interpellation betr. die finanziellen Klauseln des
Friedensvertrages von Versailles und über die Ver-
handlungen von Hythe beendet und eine Vertrau-
ensstagesordnung für die Regierung mit 535 ge-
gen 68 Stimmen angenommen.

Ministerpräsident Millerand erklärte im Verlauf
seiner Rechtfertigungsrede, in den bisherigen Unter-
handlungen sei noch keine Verpflichtung übernommen
worden, die Alliierten gingen nach Spa als Fordernde,
aber nicht als Verteidiger, mit vollkommen freien Hän-
den, um die Ausführung des Friedensvertrages
ges, aber nicht dessen Revision zu erzielen.
Die Kontrollkommissionen würden mit Wachsamkeit und
mit aller erforderlichen Eile ihre Aufgabe weiter ver-
folgen. Die Entwaffnung Deutschlands sei die erste
Bedingung des Weltfriedens. Diese wesentliche Klausel
müßten die Alliierten mit allen Mitteln zur Durch-
führung bringen. Nachdem er die Artikel über die
Wiedergutmachung verlesen hatte, sagte Millerand, er
lege den größten Wert darauf, daß die Wiedergut-
machungskommission in Funktion bleibe,
denn sie sei das Organ, das die Jurisdiktion und die
Verwaltung souverän bestimmen könne und über die
Ausführung der Klauseln wachen müsse. Die Kommis-
sion müsse vollkommene Freiheit und eine absolute
Autonomie haben. Die Kommission habe am 12. Mai
eine befriedigende Antwort in bezug auf die Wons
erhalten, die Deutschland als Anerkennung seiner
Schuld geben müsse. Es sei von besonderem Inter-
esse, so bald wie möglich den Betrag der deutschen Schuld
zu finanzieren. Und deshalb habe man die Möglich-
keit ins Auge gefaßt,

schon jetzt den Betrag dieser Schuld festzusetzen.

Durch den Vertrag sei bestimmt, daß die Wiede-
rutmachungskommission am 1. Mai 1921 diese Schuld
festgesetzt haben müsse, aber nichts im Vertrage ver-
biete, daß das jetzt schon geschehe.

Millerand verlangt 70 Milliarden Goldmark.

Nachdem Millerand zugegeben hatte, daß man
grundsätzlich in Hythe eine endgültige Festlegung der
von Deutschland zu zahlenden Schuldsumme beschlos-
sen habe, aber noch keine Ziffer festgesetzt sei, er-
klärte Millerand ferner:

„Die Berechnungen, die man seit einem Jahr ge-
macht hat, schätzen die französischen Wiede-
rutmachungsansprüche auf 200 bis 210 Mil-
liarden. Nach dem Stand vom 15. Mai seien das
70 Milliarden Goldmark.“

Diese Schätzung beruhe nicht auf der Zahlungs-
fähigkeit Deutschlands, sie hätte einfach den Zweck
gehabt, Gedanken festzuhalten; der Wert der Paus-
chalziffer hänge von vielen anderen Elementen ab.
Erstens von den Zinsen, zweitens von der Pro-
rität und drittens von der Frage, ob die Reserven
in der Summe einbezogen sein sollten oder
nicht. Das Wichtigste aber sei, daß man den allier-
ten Ländern effektive Realisierungen in Form von
Kapitalen und Entschädigungen in Form einer inter-
nationalen Anleihe oder etwa einer Serie von
Anleihen geben wolle. Die französische Regierung
und die alliierten Regierungen wollten

nichts von ihren Pfändern aufgeben,

namentlich von den besetzten deutschen Gebieten. In
San Remo habe man dies nicht nur betont, sondern
auch erklärt, daß, wenn Deutschland sich länger sei-
nen Verpflichtungen entziehe, neue Gebiete be-
sezt werden könnten. Er wiederhole, daß die Poli-
tik Frankreichs eine Politik der Union mit seinen
Alliierten sei, aber auch eine Politik des Einver-
ständnisses mit Deutschland.

In der Debatte bezeichnete Loucheur, der frü-
here Minister Clemenceaus, der jetzt in die Opposi-
tion gegangen ist, die Pauschalsumme von 70 Mil-
liarden Goldmark als völlig ungenügend. Auch Tar-
sien, der unter Clemenceau Generalsekretär der Frie-
denskonferenz gewesen war, bemängelte die Politik
Millerands, durch die Frankreich in eine schreckliche
Lage gebracht würde.

Das Vertrauensvotum.

Nach einer kurzen Entgegnung Millerands schloß
die Kammer die Diskussion und nahm mit 535 gegen
68 Stimmen eine Tagesordnung an für die Re-
gierung an, die besagt, daß der Friedensvertrag von
Versailles die vollkommene Wiedergutmachung
der Schäden an Personen und Gütern auferlege
und daß die Kammer das Vertrauen habe, daß
die Regierung im Einverständnis mit den Alliierten
die Interessen und die Rechte Frankreichs wahren
werde.

Der Vorstoß Poincarés und seiner Gefolgschaft
ist also vorläufig erfolglos gewesen. Die Kammer
hat Millerand noch einmal ihr Vertrauen ausgespro-
chen und ihm für die Verhandlungen mit Lloyd George
in Spa freie Hand gelassen. Die wirkliche Gefahr
wird Millerand erst drohen, wenn er von Spa nach
Haufe kommen wird. Wenn Millerand für Frank-
reich 70 Milliarden Goldmark Entschädigung verlangt,
so wird er sich bei den Verhandlungen in Spa über-
zeugen müssen, daß Deutschland diese Summe nie und
nimmer wird ausbezahlen können. An Versailles

hat Deutschland selbst 100 Milliarden für sämtliche Entente-Staaten angeboten, aber zinsenlos in 30 Jahren und unter der Voraussetzung von Krediten. Rohstoffen, verfügbaren Schiffsraum und Einrechnung aller bisherigen Lieferungen. Das wurde damals als Grenze der Leistungsfähigkeit bezeichnet. Heute sind wir wirtschaftlich bedeutend schlechter gestellt. Diesen Tatsachen wird Millerand in Spaa Rechnung tragen müssen, wenn die von ihm befürwortete Politik des Einverständnisses mit Deutschland nicht eine leere Redensart gewesen sein soll.

Keine neue Verschiebung der Spaa-Konferenz.

Der italienische Ministerpräsident hat dem Obersten Rat vorgeschlagen, die Konferenz von Spaa bis zum Juli zu verschieben. Wie der „Matin“ erklärt, sind die Alliierten jedoch allgemein der Meinung, daß man unmöglich auf eine Vertagung eingehen könne, weil man dann nicht in der Lage wäre, die internationale Finanzkonferenz vor dem Herbst nach Brüssel zusammenzubringen, die nur dann nützlich arbeiten könne, wenn die Alliierten Entscheidungen getroffen und sie Deutschland mitgeteilt hätten.

Die Spannung in Oberschlesien.

Ständige Zusammenstöße in Dentschen.

In Dentschen ist es am Freitagabend und im Laufe der Nacht zu schweren Unruhen gekommen. Gegen 9 Uhr abends fanden sehr erregte Kundgebungen vor dem Hotel Dentschen, dem Sitz der polnischen Plebiszit-Kommission, statt. Fast sämtliche Fensterhebeln der unteren Geschosse sind zertrümmert und die Türen eingeschlagen worden. Der „Grenzzeitung“, dem Organ der nationalen Polen, sind die Fensterhebeln zertrümmert. Grund zu dieser Kundgebung war, daß ein Deutscher von einem französischen Soldaten erschossen wurde. Der Franzose hatte sich an einem deutschen Mädchen vergreifen, das von dem Deutschen befreit werden sollte.

Zwei Tote und 12 Verwundete.

Die Kundgebungen dauerten bis 12 1/2 Uhr nachts. Die Polizei war machtlos. Große Werte sind der Vernichtung zum Opfer gefallen. Die Verwundung läßt sich nicht beschreiben. Zum Schluß wurde von der Menge in den unteren Räumen noch Feuer angelegt, so daß diese völlig ausbrannten. Wie verlautet, sind drei Personen getötet und zehn verwundet worden.

Spät abends bis zur Mitternacht erfolgten abermals heftige Zusammenstöße zwischen Deutschen und Polen. Es wurde mit Maschinengewehren und Gewehren geschossen. Früh um drei Uhr machten die Polen einen Angriff auf die „Städtische Morgenpost“, der die Fensterhebeln zertrümmert und die Türen eingedrückt wurden. Die Geschäfts- und Maschinenräume wurden durch die Polen zerstört. Den Besitzern sind Millionenwerte zum Opfer gefallen.

Der mißglückte polnische Schulstreik.

Der von den Polen inszenierte Schulstreik in Hindenburg ist, wie zu erwarten war, ein flüchtiges Phänomen geworden. Mit nur verschwindend kleinen Ausnahmen kamen alle Kinder wie sonst zur Schule. Die großpolnischen Agenten, die vor den Schulhäusern als Streikposten aufgestellt waren und die Kinder mit Drohungen und Gewalt vom Schulbesuch abzuhalten versuchten, wurden sogar von polnisch sprechenden Bergarbeitern vertrieben. Um die Kinder vor Gewalttaten zu schützen, mußte Sicherheitspolizei vor den Schuleingängen postiert werden. In der Schule in Gortze fehlten z. B. von 680 nur 26 Kinder. In vielen Schulen gab es überhaupt keine „Ausflüchtigen“.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 29. Mai 1920.

— Der Reichskanzler ist zur Erweiterung des ihm erteilten Besuchs des bayerischen Ministerpräsidenten v. Kahr in München eingetroffen.

— Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände des Saargebietes erheben entschiedenen Einspruch gegen die bevor-

stehende Eintragung der Streikentscheidungen auf den Saargebiet.

— Die Nachricht von dem Abschluß eines Abkommens zwischen Litauen und Moskau, wonach Litauen ein militärisches Vorgehen gegen Polen und gegebenenfalls einen Angriff gegen Ostpreußen angelobt hätte, wird von der litauischen Gesandtschaft in Berlin als unzutreffend bezeichnet.

— Zu der Behauptung, daß die Zeitfreiwilligenverbände noch beständen, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die Auflösung der Zeitfreiwilligenverbände beendet ist.

— Der Parteitag der Schleswig-Holsteinischen Landespartei, die bisher keinen Vertreter im Reichs- und Landesparlament hatte, beschloß ein selbständiges Vorgehen bei den Reichstagswahlen und die Wiederaufnahme des Schleswig-Holsteinischen Liberalismus in alter freier, landmannschaftlicher Färbung.

— Die Verordnung über die Ausdehnung der Versicherungspflicht und der Versicherungsbeiträge der Kranken-Versicherung vom 30. April 1920, wonach die Angestellten bis zu einem Einkommen von 15 000 Mark versicherungspflichtig sind, gelangt durch eine neue Verordnung der Regierungskommission auch für das Saargebiet in Anwendung.

— **Friedens mit Lettland.** Die lettische Regierung hat das Friedensprotokoll, das am 5. Mai in Berlin von den Delegierten Lettlands und Deutschlands unterzeichnet wurde und das nach Austausch der Ratifikationen in Kraft treten soll, veröffentlicht. Deutschland erkennt Lettland als selbständigen Staat an, und zwar sofort, nachdem von den alliierten Mächten diese Anerkennung ausgesprochen ist. Sowohl Deutschland als Lettland verpflichten sich, keine Bestrebungen zu unternehmen, die sich gegen eines der beiden Länder richten, und keine feindlichen Truppenbildung auf ihrem Gebiet zu dulden. Deutschland verpflichtet sich zum Ersatz aller Schäden, den deutsche oder die dem deutschen Oberkommando unterstellten Truppen in Lettland angerichtet haben. In Riga wird eine gemischte Kommission die Höhe des Schadenersatzes festsetzen. Lettland erhält alles Kriegsmaterial, das den Truppen Vermonts gehört hatte, ausgeliefert. Deutschland verpflichtet sich, Lettland Waren auf Kredit zu liefern. Die Kommission wird auch den Wert der von Lettland zu erlegenden Aufwendungen feststellen, welche mit deutschen Mitteln für öffentliche Anlagen auf lettischem Gebiet gemacht worden sind. Beide Vertragsparteien sichern sich für den gegenseitigen Handelsverkehr, für industrielle Unternehmungen sowie für die Schifffahrt das Recht der Meistbegünstigung zu.

— **Ausnahme des bayerischen Besoldungsgesetzes.** Nach vierstündigen Beratungen hat der Besoldungsausschuß des bayerischen Landtages das Beamtenbesoldungsgesetz angenommen, welches den bayerischen Beamten erhöhte Bezüge zuteilt, sodaß ein Mehraufwand von 350 Millionen Mark aus der Staatskasse notwendig ist. — Der Finanzausschuß genehmigte die Regierungsvorlage zur Förderung des Wohnungsbau. Anstelle der von der Regierung beantragten 28 Millionen Mark wurden aber 35 Millionen Mark bewilligt. Der Landtag hält seine Schlußsitzung endgültig am 1. Juni ab.

Rundschau im Auslande.

— In Ostpreußen vordringende bolschewistische Truppen sind nach heftigem Kampf von den Finnen über die Grenze zurückgeworfen worden.

— Die Junggelelltensteuer ist im französischen Senat angenommen worden.

— Die Tschechen haben die Kohlenlieferungen nach Polen eingestellt. Die freigebliebenen Kohlenmengen sollen nunmehr nach Wien ab.

— Im amerikanischen Abgeordnetenhaus wurde ein Versuch, gegen das veto Wilsons einzuschreiten, unternommen, schlug aber fehl, da es nicht gelang, das notwendige Zweidrittel der Stimmenmehrheit zusammenzubringen.

Polen: Warschau bedroht!

— Die „Daily Mail“ meldet aus Warschau, daß die Stadt in Verteidigungszustand gesetzt wurde. Die polnische Regierung hat mehrere Reservestämme zu den Waffen gerufen. In Warschau verlaufen Anschläge, daß das polnische Heimatsland durch das bedrohliche Vordringen russischer bolschewistischer Meereskräfte in Gefahr sei.

ströme aus ihren Augen stürzten, „Du hast bereits gewählt, meine Ahnung hat mich nicht betrogen, es ist Kornel!“

„Die Quitteldorff?“ rief er lachend, „dieser Irrenwitz? ... Nein, da will ich doch lieber mein Hab und Gut in den Händen widerpenstiger Wirtschaftlerinnen wissen! ... Wo läme ich hin bei meinem ohnehin nicht sehr bedeutenden Einkommen mit solch einer puffsichtigen, leichtsinnigen Frau! ... Uebrigens sage ich dir ja, und ich wiederhole es ausdrücklich, daß ich noch nicht gewählt habe; laß mich denn ausreden, süße Helene, und weine nicht so schrecklich, du zerstörst mir das Herz. Ich möchte also eine Frau haben, die dich kennt und lieb hat, die einfachen Sinnes und so verständlich ist, daß ich ihr sagen kann: Mein Herz gehört einer anderen, die ich nicht besitzen kann, sei mir und dieser anderen eine Freundin.“

„Und glaubst du, dazu würde sich irgend eine verstehen?“

„Gewiß, wenn sie mich lieb hätte.“

„Nun, ich könnte es nicht, nie, nie!“ Sie vergrub, trampfhaft schluchzend, ihr Gesicht in den Kissen. Auf Hollfelds nachsichtiger glatter Stirn erschienen plötzlich zwei häßliche Falten. Seine Lippen preßten sich aufeinander, und die Farbe trat für einen Augenblick aus seinen Wangen. Er war offenbar sehr zornig. Ein Ausdruck des Hasses glühte in seinen Augen auf, als sie auf der jungen Dame hasteten, die ihm das Spiel, das er sich so leicht gebacht hatte, wider alles Erwarten erschwerte. Er beherrschte sich jedoch und hob mit sanfter, liebender Hand ihr Gesicht in die Höhe. Das arme Wesen zuckte und zitterte unter dieser heuchlerischen Verführung und ließ willenlos ihr zartes Küsschen auf seiner Hand liegen.

„Du würdest mich also verlassen, Helene?“ fragte er traurig, „wenn ich den schweren Schritt tun möchte? Würdest du dich von mir abwenden und mich einsam lassen mit einer ungeliebten Frau?“

Sie hob die vom Weinen geröteten Lider in die Höhe, und ein Strahl unfähiger Liebe brach aus ihren Augen. Er hatte seine Rolle vortrefflich gespielt und erkannte aus diesem einen Blick sofort, daß er gewonnenen Boden unter den Füßen habe.

braut sei. — Die „Times“ melden, daß die Polen „strategischen“ Stützpunkt fortsetzen. Die Bolschewisten ben die Front Wilna—Minsk langsam vorgeschoben und ziehen die Vorstädte von Minsk mit schweren Geschützen. Die Eisenbahnlinie von Minsk nach Berditschew liegt unter Artilleriefeuer.

Türkei: Damaskus und Bagdad von den Arabern umzingelt.

— Aus Konstantinopel wird englischen Blättern berichtet, daß Gallien von arabischen Kriegsbänden überfallen ist. Die französische Zone ist in den Händen der Araber. Die Franzosen erlitten schwere Verluste. Bevölkerung flieht nach der englischen Zone, die ebenfalls bedroht ist. Auch in Mesopotamien rücken die Araber vor. Damaskus und Bagdad sind eingegeben. Auch Jerusalem ist von den Arabern bedroht.

Notales.

— **Die Waffensklare werden gegenwärtig wieder auch an öffentlichen Gebäuden angeklebt.** Auch nichts dagegen einzumenden ist, daß die Waffensklare und Versammlungsanzeigen auf jede mögliche Art verbreitet werden, so mühte doch im Interesse der Allgemeinheit davon abgesehen werden, gerade die öffentlichen Gebäude mit diesen Plakaten besetzt werden. Eine Sachbeschädigung tritt ein, wenn an Brücken, Springbrunnen und Denkmälern mit Leinwand und Kleister bedrucktes Papier befestigt wird, so daß durch Hitze und Regen die auf den Klebstoffe in den Stein oder das Metall einzutrocknen. Zur Reinigung der öffentlichen Eigentums und zur Vermeidung der ungeheuren Reinigungs- und Wiederherstellungskosten müssen Brücken, Springbrunnen und Denkmäler von der Befestigung unbedingt freigelassen werden.

— **Der 31. Mai 1916 ist ein Ruhmestag in der Geschichte der deutschen Kriegsmarine.** Zwischen Geraat und Hornsiff gelang es der deutschen Flotte, die englische Kriegsschiffe, die bis dahin jedem Seestreffen beharrlich ausgewichen war, endlich einmal stellen und vernichtend zu schlagen. Acht feindliche Großkampfschiffe und zahlreiche kleinere Einheiten wurden zum Sinken gebracht oder auf lange Zeit kampfunfähig gemacht, während die deutsche Flotte, die britischen Flotte bei weitem unterlegen war, nur geringe Verluste zu verzeichnen hatte. In der Dunkelheit der hereinbrechenden Nacht entzog sich Albion der vollständigen Niederlage. — Heute ruht die ruhmvolle deutsche Kriegsschiffe zum größten Teil auf dem Meeresboden der Bucht von Scapa Flow, der Rest der Kriegsschiffe ist unter die Alliierten verteilt. So trauert das Schicksal der deutschen Flotte sein mag, das es heben und die Feinde nicht rauben können.

— **Die Überwachung des Briefverkehrs.** Die seit längerer Zeit durch etwa 15 Postdienststellen im Deutschen Reich in Anwendung gebrachte Postüberwachung soll trotz mancher Benachteiligungen in der Abwicklung des Briefverkehrs unbedingt auch weiterhin beibehalten werden. Die Kontrolle beschränkt sich darauf, solche Briefe, deren Inhalt den Verdacht einer Verhinderung des Briefverkehrs gegen die zur Behinderung der Kapitalabwanderung erlassenen Vorschriften aufkommen lassen, zur Kenntnis der Steuerbehörde zu bringen. Obwohl es sich bei dem Verfahren um einen offensichtlichlichen Einbruch in das Briefgeheimnis handelt, der jedoch gesetzlich sanktioniert ist, stehen die zuständigen Stellen auf dem Standpunkt, daß man das System doch für die Dauer beibehalten solle, da so dem Reich ungeheure Summen erhalten bleiben, die sonst in das Ausland abgehoben würden. Die Kontrolle erstreckt sich demzufolge lediglich auf den Briefwechsel zwischen Deutschland und dem Ausland. Der inländische Briefverkehr wird durch die erwähnte Überwachung in keiner Weise berührt.

— **Tabaksteuern für Minderbemittelte.** Der Kurdirektor von Bad Pyrmont, Major a. D. Prestien, teilt in der Zeitschrift des Bundes „Deutscher Verkehr“ mit, daß die deutschen Bäder sich entschlossen haben, Minderbemittelten einen ausserordentlichen Ab-

„Du kämpfst jetzt denselben Kampf,“ fuhr er fort, „den ich in den letzten Tagen durchmachen mußte, ehe ich zu dem festen Entschlusse kam ... Bedenke, Helene, daß ich dann viel mehr für dich tun, für dich leben kann, als jetzt ... Du kannst zu mir nach Oberberg ziehen, und ich will die Hände unter jeden deiner Schritte legen, will dich behüten und halten wie meinen Augapfel.“

Hollfeld besaß nicht Geist, dafür aber einen hohen Grad von Schlaueit, wie wir sehen, mit der er meist erreichte, als vielleicht ein anderer mit bedeutenden Gedanken. Sein armes Opfer ging mit blutendem, zerrissenem Herzen und völlig zerstörter Willenskraft in sein Netz.

„Ich will es versuchen, den Gedanken zu extrahieren,“ flüsterte Helene endlich fast unhörbar. „Was aber müßte das für ein Wesen sein, das mich duldet und das ich endlich als Schwester lieben lerne ... Kennst du wohl ein solch opfermütiges, hochstehendes weibliches Gemüt?“

„Ich habe eine Idee ... sie kam mir vorhin ganz plötzlich ... sie ist aber ganz flüchtig und unangebildet. Ich behalte mir vor, sie dir nach reiflicher Ueberlegung mitzutheilen. Aber du mußt erst ruhiger werden, teure Helene. Bedenke ich lege die Wahl meiner künftigen Gattin einzig und allein in deine Hände; es hängt von dir ab, das zu verwerfen oder anzuerkennen, was ich dir vorschlagen werde.“

„Und läßtst du dich stark genug, neben einem Weibe zu leben, dem dein Herz nicht gehört?“ Er unterdrückte weislich ein spöttisches Lächeln, denn Helene's Augen hingen an seinem Munde.

„Ich kann alles, was ich will“, antwortete er, „und deine Nähe wird mir Kraft geben. Um ein aber will ich dich bitten, sage meiner Mutter noch nichts von dieser wichtigen Angelegenheit. Sie erfährt die Sache noch zeitig genug in dem Augenblick, wo ich ihre meine Braut vorstelle.“

(Fortsetzung folgt.)

Freitag, zum großen Teil bis zu 50 Proz., auf Kurtag und Kurmittelpresse zu gewähren. Die Höchst-
einkommengrenze ist für diesen Zweck recht hoch her-
aufgesetzt: So hat die bayerische Staatsregierung für
Bad Kissingen sie auf 15 000 M. normiert, in Bad
Nauheim, Lehenhausen, Neuenahr und Wüdingen sind
10 000 Mark, in Bad Pyrmont 12 000 Mark als
Höchst-Einkommengrenze bestimmt. Derjenige, welcher
von diesem Entgegenkommen Gebrauch machen will,
hat gut, vor Eintritt seiner Badereise eine amtliche Be-
scheinigung über sein letztes Jahreseinkommen und die
darauf ruhenden Lasten, wie Anzahl der erziehungs-
pflichtigen Kinder oder unterstützungsbedürftigen Eltern
u. a. m. beizubringen.

* Die Senegal-Brigade verläßt nach dem „Echo
du Rhin“ die Rheinarmee um in einem anderen Opera-
tionsgebiet (Syrien) verwendet zu werden.

NL. Erster nassauischer Bauernstag. Am 26.
und 27. Mai d. Js. veranstaltete die Bezirksbauernschaft
für Nassau und den Kreis Wehlart ihren ersten nassau-
ischen Bauernstag in Weilburg a. d. L., der in jeder Be-
ziehung glänzend verlief. Die Tagung begann am 26.
Mai mit einem Begrüßungsabend im „Saalbau“. Die
Kreisbehörde, die Stadt Weilburg und andere Körper-
schaften hatten Vertreter entsandt. Bauern und Bäue-
rinnen aus der näheren und weiteren Umgebung waren
sehr zahlreich erschienen, sodaß der geräumige Saal bei
weitem nicht alle fassen konnte. Der Vorsitzende der
Bezirksbauernschaft, Landwirt Karl Hepp-Seelbach,
wies in seiner Begrüßungsrede in markigen Worten auf
die Bedeutung des ersten nassauischen Bauerntages hin
und gab der Hoffnung Ausdruck, daß er sich zu einer
mächtigen Rundgebung des gesamten nassauischen
Landvolkes gestalten möge. Am 27. Mai, vormittags
9 Uhr tagte die Vertreterversammlung, verbunden mit
einer Sitzung des Vorstandes und des Bezirksbauern-
ausschusses, Vertreter der Regierung, Kreisbehörden,
Landwirtschaftskammer und der beiden landwirtschaft-
lichen Genossenschaftsverbände nahmen an der Sitzung
teil. Vor allem wurden Wirtschafts-, Produktions- und
Preisfragen besprochen. Als Ort für den nächstjährigen
Bauernstag wurde Usingen bestimmt. Nach der Sitzung
versammelten sich die Teilnehmer zum Frühlingsfest im
Schloßgarten. Nachmittags 2 Uhr bewegte sich ein impos-
anter Zug durch die Stadt Weilburg, an dem annähernd
6000 Bauern und Bäuerinnen teilnahmen. Die Betei-
ligung an allen Kreisen des Nassauer Landes war ver-
tänlich gewaltig, daß der große Festplatz die Versammel-
ten kaum fassen konnte. Hier sprachen u. a. der Vor-
sitzende der Bezirksbauernschaft, Landwirt Karl Hepp-
Seelbach, der Direktor des Deutschen Landbundes Herr
Kriegsheim, Frau Wagner-Wiesbaden, der Ge-
schäftsführer der Bezirksbauernschaft Ruchstein, Herr
Karl Marxburg, vom Reichsbauernverband, Dr. Groß-
Gef. Alle Redner wiesen nochmals auf die ungeheure
Bedeutung des ersten nassauischen Bauerntages hin und
forderten zum weiteren festlichen Zusammenschluß auf,
damit der Bauer sich endlich die Geltung verschaffe, die
ihm zukomme. Der Nachmittag war der Volksbelustigung
gewidmet; mehrere Musikkapellen und reichliche Tanz-
gesellschaften sorgten für Abwechslung. Im ganzen kann
man sagen, daß der ganze erste nassauische Bauernstag
einen ausgezeichneten Verlauf nahm. Der Bauernstag
war — wie bereits oben gesagt — eine mächtige
Rundgebung und brachte den Beweis, daß die nassauischen
Bauern, wenn es gilt, gemeinsame Ziele zu verfolgen
und zu erreichen, eine einmütige und geschlossene Front
darstellen.

* Die Unabhängigen hielten am letzten Donners-
tag im Gambinus eine Wählerversammlung ab. Wir
waren anderweitig beschäftigt und konnten der Versam-
lung nicht beiwohnen. Wie wir hören sprach in etwa
1 1/2 stündiger Rede Herr Hochstätter aus Viebrich über den
Werdegang und die Ziele der Partei. Auch hier wurden,
wie dies bei jeder anderen Partei mehr oder weniger der
Fall ist, nur die Lichtseiten hervorgehoben, und ging es
nach dem Parteiredner, so müßte unbedingt nur seine
Partei allein existieren, denn er „beweist“ ja die Unmög-
lichkeit der andern — und dann wäre die politische Welt,
bzw. das Parlament zwar harmonisch, aber freilich etwas
einseitig. Die Ziele der U. S. P. sind ja genügend be-
kannt und erwidert sich es daher, hier näher darauf ein-
zugehen. Umfomehr als die Partei für Freitag dieser
Woche im „Gambinus“, 8 1/2 Uhr abends eine neue Ver-
sammlung einberufen hat. Herr Schriftsteller Hägler aus
Wiesbaden wird dort sprechen. — Auch die anderen Par-
teien haben für die einzelnen Tage dieser Woche nochmals
ihre „Bataillone“ alarmiert um mehr oder weniger noch
einen Mahnruf vor der Wahlschlacht erschallen zu lassen.
Erstmalig in diesem Jahr tritt am Donnerstag Abend
im Hofmannschen Lokale die Deutsche Volkspartei auf
den Plan. Hier spricht Herr Rechtsanwalt Krücke. Alles
andere ersehe man aus dem Vereinskalender bzw. aus
den Inseraten der heutigen Nummer.

* Die Temperatur ist merklich zurückgegangen und
an Stelle der Hundstagshitze, die in den letzten Tagen
herrschte ist eine merkliche Kühle getreten. Das Thermo-
meter zeigte heute in der Frühe 11 Grad Reaumur.

* Kraft- und Lichtstrom wird wieder im Preise erhöht
und zwar von 1,75 Mk. bzw. 90 Pfg. auf 2,30 Mk.
bzw. 1 Mk. Ebenso die Prüfungsgebühren für Wasser-
und Gaseinrichtungen, die nach oben abgerundet werden
sollen.

* Telegraphen- und Fernspreckgebühren.
Die Telegraphen- und Fernspreckgebühren erhöhen sich
ab 1. Juli 1920 um 100 v. H. Zum Beispiel beträgt
in Wiesbaden die Pauschalgebühr für einen Fernspreck-
anschluß jährlich 680 Mk., die Grundgebühr 360 Mk.
Die Fernspreckteilnehmer haben zum Ausbau des Fern-
sprecknetzes einen einmaligen Beitrag von 1000 Mk. für
jeden Hauptanschluß und 200 Mk. für jeden Neben-
anschluß in bar zu leisten; die Zahlung des Beitrags
ist Vorbedingung für die Verlassung der bestehenden und
die Herstellung neuer Anschlüsse. Die Zahlung des Bei-

trags einmalig oder, wo das wirtschaftliche Bedürfnis
vorliegt in vierteljährlichen Raten erfolgen. Die erste
Teilzahlung ist am 1. Oktober 1920 fällig. Der Beitrag
wird von dem auf die Einzahlung folgenden Monat an
mit 4 v. H. verzinst und dem Teilnehmer bei Aufhebung
des Anschlusses zurückgezahlt. Jeder Fernspreckteil-
nehmer ist infolge der Gebührenerhöhung berechtigt seinen
Anschluß bis zum 15. Juni 1920
zum 30. Juni zu kündigen. Nähere Auskunft über die
neuen Gebührensätze erteilt die Auskunftstelle des Tele-
graphenamtes.

Vereinskalender.

Arbeiter-Radsport-Verein „Vorwärts“ Bierstadt.
Heute Abend 8 Uhr Vorstandssitzung bei Weidenfeller.
Sozialdemokratische Partei. Morgen Abend 8 Uhr
im Gambinus Mitgliederversammlung.
Deutschnat. Volkspartei. Morgen Abend 8 Uhr im
Rath. zum Tannus Wählerversammlung.
Deutsche Volkspartei. Donnerstag Abend 8 Uhr im
Gasthaus zum Tannus 8 1/2 Uhr öffentliche Versammlung.
Unabhäng. Soziald. Partei. Freitag Abend 8 1/2 Uhr
Wählerversammlung im Gambinus.
Deutsche Demokratische Partei. Freitag Abend
8 1/2 Uhr Wählerversammlung im Gasthaus zum Tannus
Privatgesellschaft Bierstadt. Freitag Abend 7 1/2 Uhr
Versammlung im Gasthaus zum Redensloft.

**Wohin sind
wir geraten?**

Noch nicht genug des Wunders?
Nach noch Kälte, Kälte und
völliger Untergang?

Nein!

Nur eine Rettung:

Bürgerlich wählen!

Wetterbericht.

2.—3. Nachts Regen und Gewitter, vorübergehend
heiter und schwül, nachmittags zunehmende starke Ge-
wölkung und zahlreiche schwere Gewitter, Wind ziem-
lich stark. 4.—5. Nachts Gewitter und Regen, früh
dunkel, darauf meist trüb, wenig Sonnenschein, abends
Regen und Gewitter, Wind lebhaft stichweise Hagel.

NB. In den ersten Tagen drohen schwere Gewitter,
die um den 2. oder 3. Juni von der Donau bis zu
den Alpen an vielen Orten Schaden anrichten, am 9.
oder 10. kommen nochmals Hagelwetter, besonders in
den nördlichen Teilen von Oesterreich.

Bekanntmachungen

Lebensmittel-Verteilung.

a) Verteilungsware:

100 Gramm Speise-Öl zum Preise von 3,20 Mk. auf
Folge 1 der neuen Preiskarte.

225 Gramm Seifenmehl } zum Preise von zusammen
125 „ Bohren und } 280 Pfg. auf Folge 17 der
125 „ Hasenfloden } Lebensmittelliste.

An die Kronen sowie ihren ärztlichen Vorrat ver-
braucht ist gelangt in dieser Woche Samal zur Ausgabe
u. je 125 Gramm mehlschmelz. Nahrungsmittel bewilligt sind erhält.
Sie je 125 Gramm Reis. Das Schmalz kostet pro Pfund
16,50 Mk. und der Reis 3,20 Mk.

b) Verteilungszeit:

Die Verteilung der Waren erfolgt in sämtlichen
Kronengeschäften am Freitag und Samstag dieser Woche
in der Reihenfolge wie bisher.

Das Öl wird an denselben Tagen bei Herr. Mayer,
Tafelstraße und bei Schärer Blumenstr. abgegeben.

Die event. Fleischverteilung findet am Samstag in nach-
stehender Reihenfolge statt: Für die

Ind. der Kronen Nr.	801 bis Nr. 1200	v. 8—9 Uhr
„ „ „	1201 „ 1500	9—10 „
„ „ „	1501 „ 1800	10—11 „
„ „ „	1 „ 400	11—12 „
„ „ „	401 „ Nr. 800	12—1 „

c) Anmerkungen:

Die Versorgung der Zugänge erfolgt für diese Vertei-
lung im Geschäft Nr. 8 (Ind. R. L. Mayer, Rathausstr.)
jedoch nur für solche Kronenfolgen der Lebensmittellisten in
denen ausdrücklich „Zugang“ vermerkt ist und die gleiche
Anzahl Kronen. Die übrigen Kronen gelten nur in den
Geschäften, deren Nummer die Karte in der linken oberen
Ecke trägt.

Die Kronen-Nahrungsmittel werden bis auf Weiteres von
jezt ab im Geschäft Nr. 16 (Ind. B. Stadtmüller Wwe.
Wilhelmstraße) am Freitag und Samstag jeder Woche
verteilt. — Der angegebene Zeitpunkt der Verteilung
ist genau einzuhalten. Verkäufte, welche Kunden außerhalb
der Reihenfolge bedienen, wird der Verkauf auf mindestens
4 Wochen entzogen. Versorgungsberechtigte können vom
Bezug der Waren ausgeschlossen werden. Tüten, Einwickel-
papier oder Zeller sind mitzubringen, besonders auch
Wechselgeld. In den Fleischverteilungen sind alle Kronen
vorzulegen. — Selbstversorger von Fleisch (Hauschlach-
tungen), Hasenfloden (Mahlzeitenabfeger) und Fett (Land-
wirts, Milchbändler und Ziegenhalter) sind vom Bezug von
Fleisch, Lebensmitteln und Fett ausgeschlossen und haben so-
weit dies nicht geschehen ist, die entsprechenden Kronen so-
ort zurückzugeben. Unberechtigte Benutzung wird strafrecht-
lich verfolgt.

Betr. Zwieback-Verteilung

Der Gemeinde ist eine Menge Zwieback überwiesen
worden. Die Ware ist markenfrei und bestimmt für:

1. Kinder bis zu 4 Jahren.
2. werdende Mütter in den 3 letzten Monaten vor
der Entbindung.
3. vollmilchbezugsberechtigten Personen mit ärztlicher
Bescheinigung bzw. Bewilligung des Kreisausschusses.

An alle diese Bezugsberechtigten gelangen je zwei
Pakete Zwieback oder ein Paket Zwiebackbruch zur
Ausgabe.

Ein Paket Zwieback kostet 65 Pfennig und ein Paket
Zwiebackbruch 1.— Mk.

Die Verteilung erfolgt am Mittwoch, den 2. Juni d.
Js., vormittags von 8—1 Uhr im Rathaus (Zimmer 6).

Abgezahltes Geld und die erforderlichen Ausweise
sind beim Abholen des Zwiebacks mitzubringen.

Betr. Zwiebackverkauf.

Der gegen Karten zur Verteilung gelangende Zwieback
wird von jetzt ab bis auf weiteres in der Bäckerei Höhn
verkauft.

Brennstoffverteilung.

Es erhalten am Mittwoch den 2. Juni cr.

a) Alle Gewerbetreibenden entweder in der Kohlen-
handlung Ermeier Koks oder im Konsumverein Eisform-
briketts und zwar auf die Folgen 5—7 der Gewerbe-
brennstoffkarten.

b) in der Kohlenhandlung Stern, dessen Kunden auf
Folge 14 der Haushaltsbrennstoffkarte je einen Zent-
ner Briketts.

Die Preise sind: für Koks 26,50 Mk., für Eisform-
briketts 25,80 Mk. und für Briketts 16 Mk. pro Ztr.

Wenn die Brennstoffe nicht pünktlich abgeholt werden,
verfallen die betr. Folgen. Die Kohlenkommission wird
alsdann über die Brennstoffe anderweitig verfügen.

Die in den Kartoffel-Ausgabestellen gegen Karten zum
Verkauf gelangenden Kartoffeln kosten von jetzt ab bis
auf weiteres 20 Pfg. pro Pfd.

Einladung

zu einer Sitzung der Gemeindevertretung.
Zu der von mir auf Dienstag, den 1. Juni 1920
abends 8 Uhr, hier im Rathaus anberaumten
Sitzung lade ich die Mitglieder der Gemeindevertretung
und des Gemeinderats ein, und zwar die Mitglieder
der Gemeindevertretung mit dem Hinweis darauf, daß
die Nichtanwesenden sich der gefassten Beschlüssen zu
unterwerfen haben.

Tagesordnung:

1. Betr. Neuwahl für die freiwillig aus der Lebens-
mittelliste ausgeschiedene Beisitzerin Frau Georg
Hirbauer.

2. Betr. Besuch des Heinrich Behnke u. Gen.: um
Ueberbrückung eines Grabens Distr. Haiern.

3. Besuch des August Heintz von hier betr. Be-
gleichung des vollen Rechnungsbetrages für gelieferte
Repte.

4. Betr. Abgabe von Holz an minderbemittelte Kriegs-
beschädigte und Kriegerswitwen bzw. bedürftige Kriegers-
witwen.

5. Betr. Antrag des Reichsbundes der Kriegsbeschä-
digten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen um
Zunahme von 3 Mitgliedern des Reichsbundes zur Prü-
fung der Bedürftigkeitsfrage bei der Abgabe von Holz
an Kriegsbeschädigte und Kriegerswitwen.

6. Betr. Ansuchen der Oberförsterei zu Sonnenberg um
Gleichstellung der Gemeindehöfster in ihrem Dienst-
kommen mit den staatlichen Förstern.

7. Betr. Verfü. des Landrats wegen Einrichtung
einer Schuldeputation.

(Eingegangen am 31. Mai. D. Geschäftsst.).

Gemäß den Bestimmungen der Verordnung d. Reichs-
kartoffelstelle vom 13. Dezember 1919 erhalten die
Landwirte für jeden über 50 v. H. ihres Ablieferungs-
preises hinaus gelieferten Zentner Kartoffeln Lieferprämien.
Die Berechnung der Prämien ist nun durchgeführt und
erhalten die Landwirte der hiesigen Gemeinde, die An-
spruch auf Lieferprämie haben, einen entsprechenden
Bescheid. Die in Frage kommenden Landwirte erhalten
die Prämien 14 Tage nach Erhalt des oben erwähnten
Bescheides durch den Kommissar Schild ausbezahlt.
Sodann wird darauf hingewiesen, daß die Landwirte bei
der Auszahlung den fraglichen Bescheid vorzulegen
haben.

Betr. Erntlingswäsche.

Am Montag, den 31. Mai und Dienstag, den 1. Juni
wird im Rathaus hier selbst, Zimmer 6, Wäsche für
Säuglinge verkauft.

(Uns zu Veröffentlichung am Samstag, den 29. Mai
mittags 12 Uhr zugegangen. Geschäftsst.).

Bei der Kreisfüttermittelliste des Landkreises Wies-
baden, Befähigungsstraße 16 stehen nachverzeichnete Futter-
mittel zur Herausgabe bzw. zur Verfügung:

1. Zuckerhaltige gelbe Möhren
2. Zuckerhaltige weiße Möhren
3. Zuckerhaltige Rübenknäuel
4. Entblittertes Lupinenschrot
5. Serradellschrot
6. Getrocknete Rübenblätter
7. Eiweißstrohfutter.
8. La Plata-Mais.

Bierstadt, den 31. Mai 1920.

Der Bürgermeister: Hofmann.

**Wählt am 6. Juni:
Liste Scheidemann**

Kath. Kirchengemeinde.

Donnerstag, den 3. Juni 1920.
Hochheiliges Fronleichnamsfest.

8 Uhr hl. Messe.
9½ Uhr Hochamt mit Predigt und Te Deum
2 Uhr Andacht.

Unserem Mitbegründer und langjährigen
Vorstandsmitgliede Herrn Gustav Haupt
und seiner treuen Lebensgefährtin aus Anlaß
ihrer Silbernen Hochzeit

die herzlichsten Glückwünsche.

Bierstadt, den 1. Juni 1920.

**Geflügel-, Vogel- und
Kanarienzucht-Verein Bierstadt.**

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und für die schönen Kranz-
und Blumenpenden bei dem Heimgehe-
unserer lieben, unvergeßlichen Mutter
Frau Malie Mai Wwe.
sagen wir allen herzlichen Dank.

Bierstadt, den 31. Mai 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Albert und Erna Mai
nebst Angehörigen.

Gewerbeschule Bierstadt.

Am nächsten Mittwoch, den 2. Juni, nachm. 2 Uhr
nimmt die hiesige Gewerbeschule im Schulhaus Adler-
straße, oberer Saal, den regelmäßigen Unterricht wieder
auf.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nach
den gesetzlichen Bestimmungen alle der Schule entlas-
sener männlichen Jugendlichen, einerlei ob sie in einem
Lehrverhältnis stehen oder nicht, zum Besuche der ge-
werblichen Fortbildungsschule verpflichtet sind. Eltern
bzw. die gesetzlichen Vertreter, sowie die Meister der
Schüler wollen diese daher zu regelmäßigem Schul-
besuch unbedingt anhalten.

Bierstadt, den 29. Mai 1920.

Der Leiter der Gewerbeschule:
S. Binz, Lehrer.

Privatgesellschaft Bierstadt.

Freitag, den 4. Juni findet im Vereinslokal zum
„Nebenstod“ (Bef. W. Klein) abends 7½ Uhr eine
Mitgliederversammlung statt.

Tagesordnung: 1. Endgültige Festsetzung der Mit-
gliederzahl. 2. Verschiedenes.
Um vollzähliges Erscheinen wird bei der großen
Wichtigkeit der Tagesordnung gebeten.

Der Vorstand:

**Wer Geschäfte machen will,
muß inserieren!**

Sozialdemokratische Partei.

Filiale Bierstadt.

Mittwoch, den 2. Juni 1920, abends 8 Uhr im Gast-
haus zum „Gambirius“ (R. Biron)

Mitgliederversammlung.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung wird gebeten,
pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Der Vorstand.

Die Deutsche Demokrat. Partei
lädt die Einwohnerschaft Bierstadts zu der am Freitag,
den 4. Juni, abends 8 Uhr im Taunus-Restaurant statt-
findenden

öffentlichen

Wahlversammlung.

Redner: Herr Dr. Schweizer und Herr Dr. Kri-
schowsky. Thema: Die Wahlen und die Frau in der
Politik.

Wählt die Liste Schücking.

**Wählt am 6. Juni:
Liste Scheidemann**

**Das eigene Interesse eines jeden Mieter
erheischt Mitglied des Mieterschutz-
Vereins Bierstadt zu sein.**

Mittwoch, 2. Juni 1920, abends 8 Uhr in der
Gastwirtschaft zum „Taunus“ (Wwe. Gohmann)

öffentliche

Wählerversammlung.

Es werden sprechen:

1. Herr Weppen-Wiesbaden über „die Bedeutung
der kommenden Wahlen“.
2. Der Landwirt Christian Unterliederbach über
„die Zwangswirtschaft“.

Freie Aussprache.

**Wähler und Wählerinnen erscheint vollzählig.
Deutschnationale Volkspartei**

Deutsche Volkspartei

Am Donnerstag, den 3. Juni d. J., abends 8 Uhr
findet in der Gastwirtschaft zum „Taunus“ in Bierstadt eine

öffentliche Versammlung

statt, in der Herr Rechtsanwalt G. Krüde, Wies-
baden über

die kommenden Reichstagswahlen
sprechen wird.

Zu dieser Versammlung laden wir hierdurch beson-
ders Mitglieder und Freunde unserer Partei sowie die
Ortsbauernschaft ergebenst ein.

Der Vorstand d. Deutsch. Volkspartei Wiesbaden

**Jeder Hausbesitzer muß
Mitglied des Haus- und
Grundbesitzer-Vereins sein.
Geschäftsstelle Moritzstraße 5.**

**Landwirte! Liste Helfferich —
Lind — Christian**

Bekanntmachung.

Die Mitglieder der Krankenkassen, auch diejeni-
gen der Eisenbahnbetriebskrankenkasse und der Post-
krankenkasse und ihre Angehörigen behandeln wir
bis auf Weiteres nur gegen sofortige Barzahlung.
Davon ausgenommen sind die Mitglieder der kauf-
männischen Krankenkassen, der Krankenkasse der
Postunterbeamten und der ärztlichen Hilfs-, Unter-
stützungs- und Krankenvereine.

Wiesbaden, den 25. Mai 1920.

**Der Verein der Kassenärzte
f. den Landkreis Wiesbaden E. V.**

1 Brandpulver für 10 f in
ein Glas Wasser geschüttet
gibt ein erfrischendes, durst-
löschendes Getränk
**6 Plomben 50 Pfennig
Progerie**

Lehmann,
Bierstadt, Wiesbadenerstraße 4.
Chabeso-Niederlage

**Schreiner oder
Zimmerleute**
sowie für dauernd gesucht.
Blumenstraße 2a.

Haus

zu kaufen gesucht möglichst mit
Gartenland Angebote an die Ge-
schäftsstelle der Bierst. Zeitung.

**2 gebrauchte
Adler-Räder**
zu verkaufen P. Trost Bierstadt.

Mädchen oder Frau
für einige Stunden am Vormittag
gesucht Bierstadter-Post 65.

Henne

mit Küden sowie Tauben zur
Zucht und Schlachten
zu verkaufen.

Bierst., Ellenbogengasse 12.

Wiesenhausen

erster Schnitt, Bierstadter Feld
abzugeben. Offerte mit Preis pro
Grt. an die Geschäftsst. d. Bierst.
Zeitung.

Achtung!

Wer seine

Uhren

billig und gut

repariert

haben will, wende sich an

Karl Martin

Uhrmacher, Wiesbaden.
Sedanplatz 1.

**Monats-
frau**

für täglich 3—4 Stunden event.
Nähen gesucht.

Borstellung vormittags.

Affessor Jäger,
Wiesbaden, Poststr. 1, II.

Cigarren

rein Uebersee von 80, —
90 L— 1.20 1.50 bis 5. —
Cigarillos von 40 Pfg. an

Umsonst

ist ein Versuch nicht so
bleiben bestimmt dauernd
Kunde Tabak 100 Gramm
von 5. Mk. an

Cigarren Gerwing

Wiesbaden
en gros en detail
nur 12 Nikolalstr. 12
Fernsprecher 5228
Nie wiederkehrende Ge-
legenheit, besonders für
Wiederverkäufer.

**Grösste Auswahl in fugenlosen
Trauringen**

moderne Kugelform, in 8, 14, 18, und 22 Karat.
Juwelier Singer Wiesbaden,
Langgasse 4
Telephon 4656

Wintergarten-

Schwalbacher Str. 8 Ecke Rheinstr.
Wiesbaden
Telefon 6029.

**Donnerstag, den 3. Juni
(Fronleichnam) ab 3 Uhr**

**Kaffee-Konzert
mit Ball**

**Kein Weinzwang
Bier in Karaffen**

**Wählt am 6. Juni:
Liste Scheidemann**

**Wählt am 6. Juni:
Liste Scheidemann**